

Herr Mak Kljunic	Jugendvertretung	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	nicht entschuldigt
Frau Leni Naimova	Humanistischer Verband	entschuldigt
Frau Maria Pohle	Migrantenbeirat	nicht entschuldigt
Frau Anna Rasu	Jüd. Gemeinde	nicht entschuldigt
Frau Veronika Sander	Amtsgericht Potsdam	nicht entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	nicht entschuldigt
Frau Marie-Charlotte Senst	Kreisschülerrat	entschuldigt
Herr Thomas Simonis	Polizeiinspektion Potsdam	nicht entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Eva Thäle, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.04.2020 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Informationen des Jugendamtes
- 3.1 Auswirkungen der Eindämmungsverordnung 08.05.2020
 - Notbetreuung Kita
 - Wiederöffnung Kinder- und Jugendclubs
 - Pädagogische Angebote, inklusive Homeschooling
 - Erweiterung des Präsenzunterrichts ab 25.05.2020
- 3.2 Elternbeitragsordnung (EBO) "nach vorn"
- 3.3 Kita-Portal

- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII

- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters
aus dem Kreisschülerrat

- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates

- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita-
Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018
Vorlage: 20/SVV/0269
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

- 7.2 Rechtsanspruch für Ferienbetreuung im Hort
Vorlage: 20/SVV/0188
Fraktion DIE LINKE
- 7.3 Kosten für das Mittagessen in Potsdamer Horteinrichtungen
Vorlage: 20/SVV/0189
Fraktion DIE LINKE
- 7.4 Änderung der Kostenbeitragssatzung für die Inanspruchnahme von
Kindertagesbetreuungsangeboten in Tagespflegestellen der Landeshauptstadt
Potsdam (Tagespflege-Satzung) und im Land Berlin (Elternbeitragssatzung)
Vorlage: 20/SVV/0376
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- vorbehaltlich der Überweisung -
- 7.5 Alles unter einem Dach - Das Potsdamer Familienbüro
Vorlage: 20/SVV/0332
Fraktionen DIE LINKE, SPD
- vorbehaltlich der Überweisung -
- 7.6 Pandemiepläne freier Träger
Vorlage: 20/SVV/0421
Fraktion DIE aNDERE
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kolesnyk, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.04.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 von 15 stimmberechtigten Mitglieder anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 30.04.2020. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es folgende Anmerkungen:

zu 3.1 Bericht zur Situation in der Regionalen Kinder- und Jugendhilfe, Kindertagesbetreuung und Kinder- und Jugendförderung (Corona- Pandemie) – Stand 29.04.2020

Herr Ströber weist darauf hin, dass unter diesem Punkt die Formulierung wie folgt geändert werden müsste:

Stationäre und ambulante Einrichtungen haben ~~keine~~ nur minimale Einschränkungen in ihrem Betrieb. Auf der Grundlage von Hygieneplänen betreuen die sozialen Träger ihre Einrichtungen im vollen Umfang.

Frau Aabel kündigt an, dass sie den angesprochenen Punkt coronabedingte Mehrbedarfe in den Einrichtungen zur Prüfung mitnimmt.

Zu 4. Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach §78 SGB VIII

AG HzE:

Herr Küken bittet um Ergänzung seines Berichts zur AG HzE.

Die Ambulante Hilfen laufen weiter. Bei den Kinderschutzfällen finden auch persönliche intensive Kontakte statt. Im Kinderschutz finden institutionelle Beratungen statt. Es gibt zu wenig Technik für das Homeschooling – das sei eine große Problemlage in den Einrichtungen. Vielen Dank an den Fachbereich, in Person an Frau Reisenweber und Herrn Bauch, für die schnelle Reaktion und Lösungsfindung zur Finanzierung der ambulanten Hilfen (Monate März und April).

Unter Berücksichtigung der genannten Veränderungen wird der Niederschrift vom 30.04.2020 mehrheitlich zugestimmt.

Herr Kolesnyk bittet darum den Punkt **7.4 Änderung der Kostenbeitragssatzung für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Tagespflegestellen der Landeshauptstadt Potsdam (Tagespflege-Satzung) und im Land Berlin (Elternbeitragssatzung) 20/SVV/0376** unter **7. Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung** vorzuziehen. Anschließend stellt Herr Kolesnyk die Tagesordnung zur Abstimmung.

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 Informationen des Jugendamtes

zu 3.1 Auswirkungen der Eindämmungsverordnung 08.05.2020

- **Notbetreuung Kita**
- **Wiederöffnung Kinder- und Jugendclubs**
- **Pädagogische Angebote, inklusive Homeschooling**
- **Erweiterung des Präsenzunterrichts ab 25.05.2020**

- **Notbetreuung Kita**

Frau Aabel berichtet, dass nach der Veröffentlichung der letzten aktualisierten Eindämmungsverordnung die Träger kurzfristig darüber unterrichtet wurden und es nur wenig Zeit gab, um sich auf die Umsetzung ab dem 25.05.2020 vorzubereiten. Einige Träger konnten dies ihres Erachtens unkompliziert gewährleisten, bei einigen bestand zunächst jedoch noch Klärungsbedarf.

Es gebe vielfach die Kritik, dass Eltern der Kita täglich bescheinigen müssen, dass das Kind keinen Kontakt zu einem Covid-19- Infizierten hatte. Weiterhin

herrsche große Verunsicherung in den Einrichtungen bezüglich des Mindestabstands von 1,5 Meter, da dieser praktisch nicht eingehalten werden könne.

Es wird diskutiert, wie genau der Terminus „feste Gruppe“ definiert wird. Dies bedeute, dass die Notbetreuungsgruppen ab dem 25.05.2020 aufgestockt werden können. Die Kitas sollen feste Gruppen bilden, für die bestimmte Tage der Betreuung verbindlich festgelegt werden, so dass sich nur Kinder begegnen, die in einer Gruppe sind. Weiterhin gelte, dass die Notbetreuung prioritär zu behandeln sei. Vom Land Brandenburg wurden weitere Erläuterungen und Definitionen in nächster Zeit zugesagt.

Herr Otto weist darauf hin, dass die alleinige Bezeichnung „Betreuung“ nicht mehr angemessen sei, Erziehung und Bildung auch dazu gehöre. Weiterhin betont er nochmal die Wichtigkeit der Unterstützung der Träger in der Krisenzeit.

Frau Frenkler kritisiert, dass die Verantwortung zur Umsetzung der Eindämmungsverordnungen vom Land Brandenburg auf die Träger abgewälzt wird, die alle nicht Pandemieerfahren seien. Es müsse eine Gesamtverantwortung für mehr Sicherheit geben. Auch Frau Aubel hätte sich gewünscht, dass es hier eine Landesverantwortung gegeben hätte. Das Land Brandenburg meldete auf Nachfrage jedoch zurück, dass der Vorteil darin liege, dass die Kommunen und Landkreise sich so die für sich passenden Rahmenbedingungen schaffen können. Herr Witzsche äußert den Wunsch nach Empfehlungen von der Stadt für die Träger zur Orientierung. Abschließend wird der Konsens gefunden, dass das gemeinsame Ziel sei, so viele Betreuungsmöglichkeiten wie möglich bieten zu können.

Frau Vandr  stellt die Frage, ob die Verwaltung im Gespräch mit den Trägern sei, wie die Urlaubskapazit ten der Eltern ausgeglichen werden könnten. Frau Aubel weist darauf hin, dass einige Träger berichten, dass die üblichen Schließzeiten in den Sommerferien wegfallen. Andere Träger können dies so nicht zusagen, bemühen sich jedoch das im Rahmen von Notbetreuungsangeboten abzudecken. Das MBS positioniert sich, dass die Schließzeiten auch in der Pandemiekrise legitim seien. Die Verwaltung appelliert an die Träger diese an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Frau Frenkler schlägt vor, den Bedarf und die Pläne für die Sommerferien je Einrichtung zu erfragen, um so besser planen zu können.

Herr Kolesnyk fragt, wie es im Zuge der neuen Eindämmungsverordnung ab 25.05.2020 in der Kindertagespflege ablaufen würde. Frau Elsaßer führt aus, dass fast alle Tagespflegepersonen die Betreuung wiederaufgenommen haben.

- Wiedereröffnung Kinder- und Jugendclubs

Herr Dr. Pokorny berichtet, dass durch die neue Eindämmungsverordnung ab 25.05.2020 alle Kinder- und Jugendclubs wieder geöffnet haben. Die Verwaltung habe sich mit allen Trägern und Mitarbeitern in Verbindung gesetzt und aufgefordert unter den jeweiligen Gegebenheiten Angebote für die kommenden Wochen inklusive Sommerferien aufzustellen und der Verwaltung eine Übersicht bis zum 29.05.2020 zukommen zu lassen. Die Vorstellung erfolgt im nächsten JHA am 11.06.2020 durch die Verwaltung.

- Pädagogische Angebote, inklusive Homeschooling

Herr Dr. Pokorny berichtet von den Konsequenzen des *Homeschooling*, wodurch auf digitale oder analoge Weise der Unterricht im Heim und/oder Zuhause stattfindet. Analysen zeigen bereits jetzt, dass es verschiedene Auswirkungen auf Eltern und Schüler habe. Da jede Schule und jeder Lehrer die Umsetzung individuell gestalten, gebe es kein einheitliches Vorgehen.

Der Schulbetrieb entsprechend der Eindämmungsverordnung werde bis zum Beginn der Sommerferien gewährleistet.

Nach der Forderung von Frau Pohle im letzten JHA, sei laut Frau Aubel eine AG gebildet worden, um die Bedarfe der verschiedenen Einrichtungen in Bezug auf das Homeschooling zu ermitteln. Die Bedarfe beziehen sich auf die technische Ausstattung, betreffen aber auch den Personalmangel. In anderen Bundesländern sei es bereits üblich Lehrer aus dem Ruhestand zu holen oder Lehramtsstudierende vorzeitig einzusetzen, was in Brandenburg ihres Erachtens derzeit nicht angedacht sei.

Vor den Ferien erfolgt mit der AG die Abstimmung und Planung, welche Mehrbedarfe wie abgedeckt werden können und wie vorgegangen wird, wenn eine zweite Welle der Corona-Virus-Erkrankung auftreten sollte.

- Erweiterung des Präsenzunterrichts ab 25.05.2020

Herr Dr. Pokorny erläutert, dass mit der neuen Eindämmungsverordnung ab 25.05.2020 zahlreiche Herausforderungen mit der Umsetzung des Präsenzunterrichts für die Schulen entstehen. Die Klassen müssen geteilt werden, der Unterricht verteilt sich über den Tag, zusätzliche Räume sind zu schaffen usw. Die Kombination von Homeschooling, Präsenzunterricht und zusätzlichen pädagogischen Angeboten wird bis zum Beginn der Sommerferien bestehen bleiben.

Mit der weiteren Öffnung/Erweiterung der Schulen steige die Infektionsgefahr. Die Umsetzung der Hygienemaßnahmen sei schwierig, aber zwingend notwendig. Die Verwaltung ist mit den Schulen in Kontakt und sammelt Erfahrungsberichte, sodass seitens der Verwaltung so gut wie möglich unterstützt werden kann.

Frau Aubel berichtet von der Telefonkonferenz mit dem MBSJ vor dem JHA: es werden momentan zwei Modelle zur Umsetzung nach den Sommerferien ausgearbeitet, die Abstimmung darüber steht noch aus. Auf Nachfrage von Herr Reimann berichtet sie, dass man sich auf ein Präsenzangebot in den Schulen vorbereiten würde (in Kooperation mit den Jugendclubs) sowie auf eine erneute Welle und daraus resultierenden Shutdown. Dies sei jedoch nur in enger Abstimmung und Kooperation mit dem staatlichen Schulamt möglich.

Herr Otto fragt was von der Kinder- und Jugendhilfe für Kinder mit Migrationshintergrund geplant sei und fordert konkrete Pläne. Frau Aubel verweist auf die Anregung im letzten JHA am 30.04.2020 und die daraufhin gegründete AG.

Frau Frenkler äußert den Wunsch an Frau Aubel, dass die Pläne des MBSJ bezüglich der Einschulung in diesem Jahr dringend in Erfahrung gebracht werden müssten und fordert Pläne für die Ferienbetreuung im Hort (schlägt ggf. Unterstützung durch Lehrer vor).

Herr Kolesnyk gibt die Frage aus dem UA JHP weiter, wie mit den Mehrbedarfen der Jugendclubs umgegangen wird. Frau Aubel antwortet, dass die Träger Sach- und Personalbedarf der Verwaltung (Ansprechpartner 232 QM Jugendförderung Herr Ralf Becker) melden sollen.

zu 3.2 Elternbeitragsordnung (EBO) "nach vorn"

Frau Aubel erläutert den aktuellen Sachstand anhand einer Präsentation (**Anhang 1**). Ziel sei es eine rechtskonformere EBO zu erstellen. Sie resümiert: 1. jeder Träger legt eine eigene Elternbeitragsordnung zum Herstellen des Einvernehmens vor, 2. Verlassen der Prämisse „einheitliche Elternbeiträge“ für Kitajahr 2020/2021, 3. Rechtsunsicherheiten bleiben auch in dieser Variante bestehen, d.h. dass es weiterhin Unterschiede geben wird, mehr Arbeit auf die Träger zukommt und mehr Kritik von den Eltern folgen wird.

Die Kommune könne, bei Bedarf, durchaus einen Orientierungsrahmen bieten. 2021/2022 seien wieder einheitliche Elternbeiträge angestrebt.

In der anschließenden Diskussion bittet Frau Frenkler um ein Votum zum Einstiegsbetrag oder eines anderen Vorschlags, um Kalkulationssicherheit zu haben. Herr Kolesnyk sichert die Möglichkeit dafür für den JHA am 11.06.2020 zu. Es soll eine entsprechende Abstimmung mit der Verwaltung geben.

Einen aktuellen Stand zum Thema Rückzahlungen der zu viel gezahlten Kitabeiträge sichert Herr Dr. Pokorny auf Anfrage von Herrn Kaiser für den JHA am 11.06.2020 zu.

zu 3.3 Kita-Portal

Die Entwicklung des Projektes unterliege laut Herr Dr. Pokorny ebenfalls der Corona-Krise. Ziel war es die Ausschreibung im Herbst durchzuführen. Diese wird voraussichtlich Ende November/ Anfang Dezember erfolgen. Frau Aubel berichtet von der vorbehaltlichen Präsentation eines Projekts des Hasso-Plattner-Instituts von Studierenden, wie die Planung eines solchen Projekts umgesetzt werden kann. In der Präsentation wurden verschiedene Ansätze vorgeschlagen, welche in den Prozess des Kita-Portals eingebracht werden sollen. Weiterhin sei man in der Verwaltung momentan in Gesprächen mit dem Personal der Kitapflege und betreibe Recherchen, ob es ähnliche Projekte in anderen Kommunen gebe.

zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UAJHP:

Herr Ströber berichtet vom UA JHP am 19.05.2020. Die Gruppe hat sich mit der letzten Sitzung des JHA beschäftigt. Es wird dringend ein stärkerer politischer Diskurs gefordert und mehr gemeinsame Meinungsbildungsprozesse, so dass der JHA nicht nur beschließend reagiert.

Weiterhin war der Krisenmodus Thema. Die Gruppe hat sich mit den Mehrbedarfen an Technik und Personal auseinandergesetzt und nochmal unterstrichen, dass die Bedarfe eruiert werden müssen und der Hauptinitiator die

Schule sei.

In einem Schreiben an die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII (**Anhang 2**) wird der aktivere Meinungs austausch erbeten. Womit solle sich der JHA beschäftigen, Lösungsvorschläge einbringen, ggf. Teilnahme der Arbeitsgemeinschaften im UA.

Der UA einigte sich darauf, dass die Sitzungen stets als Präsenzveranstaltung stattzufinden haben, weil Videokonferenzen in der Verwaltung nicht erlaubt und technisch auch nicht möglich sind. Seit dem 28.05.2020 stehe jedoch laut Frau Aubel dem Geschäftsbereich 2 ein Laptop dafür zur Verfügung.

Themen für den nächsten UA sollen die Kooperation/Kommunikation zwischen dem Geschäftsbereich 2 und Geschäftsbereich 3 sein sowie die Struktur und Aufgaben der vorhandenen Arbeitsgruppen und Arbeitsgemeinschaften.

AG 78 Kita

Frau Frenkler erläutert zur Situation in der Kindertagesbetreuung im Zuge der Covid-19-Pandemie, zu KitaFR ab 01.01.2020 und zur EBO (**Anhang 3**).

Frau Aubel ergänzt, dass eine Teststrategie seitens des Landes für Schulen und Kitas entwickelt werden soll. Fraglich ist jedoch die Aussagekraft der Tests, wer die Kosten für die flächendeckende Testung tragen wird und ob das Persönlichkeitsrecht verletzt wird, wenn alle getestet werden sollen.

Auf den Einwand von Herrn Ströber hin, dass auch die Jugendhilfe berücksichtigt werden solle, erwidert Frau Aubel, dass das Land Brandenburg Schule und Kita betone und die Jugendhilfe dabei nicht nenne. Darauf habe sie sich bezogen.

PAUSE 17.50-18.00Uhr

AG HzE:

In den stationären Einrichtungen besteht Personalbedarf in Bezug auf die Wohngruppen. Es müssen bei einer 9er Gruppe immer mindestens zwei pädagogische Fachkräfte im Dienst sein, ansonsten ist die Beschulung nicht zu leisten. Da die Hausbeschulung digital erfolgt, benötigen die Gruppen zusätzliche Laptops, dazu gab es bereits eine Abfrage, aber noch keine Antwort. Durch die Kontaktbeschränkung steigt der Instandhaltungsbedarf in den Wohngruppen, die Kinder und Jugendlichen sind nicht genügend ausgelastet, dies ist in einer 9er Gruppe mit einer Altersspanne von 4 bis 18 Jahren auch nicht möglich. Es ergeben sich Fragen: Was ist während einer angeordneten Quarantäne? Da werden mindestens 2 Mitarbeiter*innen über zwei Wochen im 24h-Dienst benötigt. Dies gibt der Gruppenschlüssel nicht her. Was ist mit den Mitarbeiter*innen, die zur Risikogruppe gehören? Der Träger kann eine Freistellung nicht refinanzieren.

Im ambulanten Bereich wurden die Hilfen wieder „hochgefahren“. Kinderschutzfälle wurden wie gehabt mit persönlichem Kontakt bearbeitet. Problemlagen in den Familien verdichten sich als Folge der Isolation und des eingeschränkten Besuches von Schule und Kita. Kinderschutzberatung findet statt. Auch im Mai war eine Pauschalfinanzierung in diesem Bereich möglich – Dank an den Fachbereich für die schnelle und unbürokratische Vorgehensweise.

AG JuFö:

Seit der Corona Krise habe keine persönliche Sitzung mehr stattgefunden, diese sei für Juni geplant. Während der Schließung haben alle Clubs digitale Angebote zur Verfügung gestellt, das Erreichen der Jugendlichen gestaltete sich jedoch

sehr schwer. Die Clubs vermelden, dass die mediale Infrastruktur sehr schlecht sei. Die Verteilung der Schutzmittel im Zuge der Hygienemaßnahmen über das Ernst-von-Bergmann Klinikum verlief unkompliziert, es gebe aber jetzt bei der Bestellung von z.B. Seifenspendern bei entsprechenden Firmen lange Lieferzeiten. Frau Tietz fragt an, ob es die Möglichkeit der Förderung von Sachkosten gibt, da die Budgets dafür aufgrund der zuvor genannten coronabedingten Bedarfe bald ausgeschöpft sind. Sie berichtet weiterhin, dass mittlerweile alle Clubs wieder geöffnet hätten und ein positives Feedback geben können. Die Verunsicherung der Mitarbeiter sei jedoch weiterhin da.

Viele setzen Gartenprojekte um und Frau Tietz betont, dass der Einsatz des KIS benötigt werde, da die Außenanlagen gewartet werden müssten. Abschließend stellt Frau Tietz die Frage, wer die Umsetzung des Hygienekonzeptes übernimmt. D.h. müsse ein Mitarbeiter des Clubs dies übernehmen und der Club bleibt folglich eine Stunde länger geschlossen, um das zu gewährleisten oder kann das zentral über eine Reinigungsfirma erfolgen?

In der anschließenden Diskussion fordert Herr Ströber eine Zulage für die Träger zur Reinigung. Herr Otto fragt, wie sich die Clubs auf die Sommerferien vorbereiten. Es gäbe laut Frau Tietz noch Zurückhaltung in der Planung der Sommerferienausflüge aufgrund der Corona-Krise, Frau Aibel plädiert an dieser Stelle die Zurückhaltung aufzugeben und Pläne zu schmieden. Im Zuge dessen verweist Frau Parthum auf den Ferienpass (Ferienplan, Gutscheine, etc.) und dass die Angebote auf der Homepage (www.ferienpass-potsdam.de) jederzeit erweitert werden könnten.

RegAG1:

Herr Rühling gibt die Rückmeldung aus den Horten, dass ein erhöhter Personalaufwand bestehe. Weiterhin bittet er dringend um Klärung der FörderPlusprojekte (Vgl. Sonstiges). Für die Gestaltung der Sommerferien werden zur Umsetzung der Projekte mehr finanzielle Mittel benötigt.

RegAG2:

Die AG hat nicht getagt. Durch den Lockdown waren die Kommunikation und Vernetzung mit den Angeboten der einzelnen Träger eingeschränkt. Es gab kaum eine Übersicht über regionale Angebote zur Unterstützung der Zielgruppe Kinder und Jugendliche (welche sind gerade da, eingeschränkt nutzbar, online zu erreichen, neu geschaffen z.B. Druckservice für Kids, Technikausleihe für das Homeschooling etc.). Die Kommunikation zwischen den Systemen Schule und Jugendhilfe erwies sich als schwierig. Auch das Aussetzen der Gremien ist schwierig und zeigt deutlich, dass die digitale Kommunikation (Videokonferenzen etc.) ausgebaut werden müssen, damit die Vernetzung und Planung nicht ins Stocken geraten. Gerade auch im Blick auf Präventionsangebote/psychische Unterstützung/Lebensplanung und Beratung.

RegAG3:

Es erfolgte keine Berichterstattung.

zu 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Es erfolgte keine Berichterstattung.

Frau Buhr verweist auf erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo „Erfahrung und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-

Maßnahmen“ (**Anhang 4**).

zu 6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche führt zu zuvor noch nicht angesprochenen Punkten aus. Alle Punkte des Kita-Elternbeirates lassen sich der schriftlichen Berichterstattung im **Anhang 5** entnehmen.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita-Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018

Vorlage: 20/SVV/0269

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Dr. Pokorny bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert. Herr Kolesnyk stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Fragenkatalog (Anlage) dient als Grundlage zur Vorbereitung der Beauftragung eines externen Gutachters zur Aufklärung der Hintergründe und Verantwortlichkeiten bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita-Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 7.2 Rechtsanspruch für Ferienbetreuung im Hort

Vorlage: 20/SVV/0188

Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein und erläutert. Herr Kolesnyk stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe anzuweisen bei der Beantragung des Rechtsanspruches für die Hortbetreuungszeiten gesonderte Bescheide für den Rechtsanspruch in der Schulzeit und für die Schulferienzeiten auszustellen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen.

zu 7.3 Kosten für das Mittagessen in Potsdamer Horteinrichtungen

Vorlage: 20/SVV/0189

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine gesetzeskonforme Umsetzung der Mittagsverpflegung in den Potsdamer Horteinrichtungen zum kommenden

Schuljahr (2020/21) sicherzustellen. Für Hortkinder an offenen Ganztagschulen mit einem kooperierenden Hort ist für die Mittagsverpflegung nur ein Essengeld in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen nach Kita-Gesetz zu zahlen - das Schulgesetz findet in diesem Fall keine Anwendung.

Diese Rechtsauffassung wird vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport geteilt und ist der Stadt durch ein entsprechendes Schreiben aus dem Jahr 2016 bekannt (siehe Anlage Antrag).

Die dadurch entstehenden Kosten sind eine pflichtige Aufgabe der LHP.

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein und erläutert.

Frau Aubel plädiert für eine **Zurückstellung bis nach der Sommerpause**, um bis dahin die unterschiedlichen Konstellationen und finanziellen Auswirkungen aufzulisten und eine Beschlussfassung nach der Sommerpause vorzunehmen. Frau Dr. Müller (DIE LINKE) stimmt dem zu und bittet ebenfalls darum. Herr Kolesnyk stellt die Zurückstellung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen

zu 7.4 Änderung der Kostenbeitragsatzung für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Tagespflegestellen der Landeshauptstadt Potsdam (Tagespflege-Satzung) und im Land Berlin (Elternbeitragsatzung)

Vorlage: 20/SVV/0376

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- vorbehaltlich der Überweisung -

Frau Elsaßer (BL 234 Kindertagesbetreuung) bringt die Beschlussvorlage ein. Herr Kolesnyk stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Änderung der Kostenbeitragsatzung für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Tagespflegestellen in der Landeshauptstadt Potsdam vom 11.09.2019 (19/SVV/0765)
Konkretisierung des Zuschusses zur Versorgung des Kindes mit Mittagessen in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen (Essengeld)
 - Für das Mittagessen in Tagespflegestellen ist durch die Personensorgeberechtigten ein Essengeld in Höhe von 35,53 EUR pro Monat ab dem 01.08.2020 zu zahlen.
 - Alle zwei Jahre soll eine Anpassung des Betrages an die Preissteigerung (Inflationsrate aus Verbraucherindex, Quelle: <https://www.finanz-tools.de/inflation/inflationsraten-deutschland>) erfolgen.
 - Die Festsetzung und Erhebung erfolgt ab dem 01.08.2020 durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe.
 - Im Übrigen bleibt die Satzung unverändert.
2. Zur Umsetzung des gesetzlichen Versorgungsauftrages sind den Tagespflegepersonen durch den örtlichen Träger der öffentlichen

Jugendhilfe die Aufwendungen zu erstatten, die durch die Entscheidung zur Festsetzung und Erhebung des Essengeldes in der Differenz entstehen.

3. Alle daraus entstehenden Erfordernisse für vertragliche Änderungen (z.B. Betreuungsvertrag zur Regelung der Aufnahme und Betreuung von Kindern in öffentlich geförderter Kindertagespflege zwischen dem/den Personensorgeberechtigten und den Tagespflegepersonen, Verträge mit Catering) sind ebenfalls mit Inkrafttreten dieser Satzung anzupassen.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen.

zu 7.5 **Alles unter einem Dach - Das Potsdamer Familienbüro**
Vorlage: 20/SVV/0332
Fraktionen DIE LINKE, SPD
- vorbehaltlich der Überweisung -

Herr Kolesnyk bringt den Antrag ein. Gemeinsamer Konsens ist, dass eine Änderung des Antrages vorzunehmen sei.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die strukturellen Rahmenbedingungen für die Errichtung eines Familienbüros in Potsdam zu schaffen. Dazu ist mit den familienrelevanten Akteuren der Stadt ein abgestimmtes Konzept zu erstellen.

In einem zweiten Schritt ~~wird ein digitales Informationsportal aufgebaut ist zu prüfen, wie ein digitales Informationsportal aufgebaut werden kann~~, welches die Angebotsvielfalt widerspiegelt und alle Verwaltungsleistungen bündelt **und ob diese Angebote mittelfristig in eine App integriert werden können.** ~~Mittelfristig sollte das Ziel sein, diese Angebote in eine App zu integrieren.~~

Ein Bericht über die Umsetzung ist der Stadtverordnetenversammlung im 1. Quartal 2021 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen.

zu 7.6 **Pandemiepläne freier Träger**
Vorlage: 20/SVV/0421
Fraktion DIE aNDERE

Herr Kolesnyk stellt den Antrag auf **Zurückstellung bis nach der Sommerpause**. Frau Beck (DIE aNDERE) stimmt dem zu mit der Option den Antrag in der Fraktion ggf. umzuformulieren, da bei der Erläuterung Widersprüche auftraten.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen

zu 8 **Mitteilungen der Verwaltung**

Es gab keine Mitteilungen der Verwaltung.

zu 9 **Sonstiges**

Klausurtagung

Der Bedarf der Klausurtagung des JHA wird als hoch eingeschätzt, so dass Herr Kolesnyk vorschlägt, diese zeitnah durchzuführen und die Teilnehmerzahl entsprechend der Abstands-/Hygienemaßnahmen zu begrenzen. Voraussichtlicher Termin: Sa. 20.06.2020, 10-13Uhr, Ort abhängig von Personenanzahl, Inhalt: Rolle JHA, Rolle Mitglieder. Einladungen werden von Herr Kolesnyk und Frau Thäle zeitnah verschickt. Es wird ggf. später noch eine Klausur für alle Teilnehmer geben.

FörderPlus-Projekte

Herr Otto weist darauf hin, dass bis Ende Mai von der Verwaltung eine Auskunft zu den FörderPlusprogramm kommen sollte. Herr Pokorny berichtet, dass die Angebote von den Schulen vorliegen und momentan eine finanzielle (350.000€ Haushalt, 400.000€ Anträge) und coronabedingte Priorisierung erfolge. Es sei noch nicht sicher, ob die Projekte in diesem oder nächsten Jahr fortgeführt werden. Herr Rühling fordert dringend die zeitnahe Fortführung, da bereits alles vorbereitet und auf die Hygienemaßnahmen ausgerichtet sei. Frau Parthum bittet um die Beteiligung der Träger an den Plänen und gegebenenfalls eine AG zur Evaluation der Plusprojekte zu beauftragen.

Weiteres

Hr. Otto macht Werbung für das Kinder- und Jugendbüro. Auf der Homepage finde man viele Webinare mit interessanten Angeboten.

Er erwähnt, dass Frau Buhr taggleich einen Artikel zum Tag der Kinder veröffentlicht hat.

Nächster Jugendhilfeausschuss: Do. 11.06.2020, 16.30 Uhr, Treffpunkt Freizeit

David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender

Eva Thäle
Schriftführerin